

Carlo Jagmetti Für den Altbotschafter haben die Attacken auf das Bankgeheimnis mit Neid zu tun

«Schweiz hat Schwäche gezeigt»

Die Initialzündung für die Aufweichung des Bankgeheimnisses war der Druck aus den USA. Altbotschafter Carlo Jagmetti sieht heute viele Parallelen zum Streit um die nachrichtenlosen Vermögen.

Interview Florian Riesen

Carlo Jagmetti, die Schweiz steckt momentan in einer der grössten ausserpolitischen Krisen ihrer Geschichte. Hätten sie mit mehr diplomatischem Geschick verhindert werden können?

Was hier passiert, ist eine Kampagne gegen die Schweiz. Aus Sicht der Aggressoren ist sie eigentlich verständlich. Die suchen einfach neue Wege, um in der momentanen Krise Geld von ihren Bürgern zu holen. Wir haben uns die Sache aber auch selber ein bisschen eingebrockt. Nicht jetzt, sondern indem wir in den letzten Jahren ohne Nuancen am Bankgeheimnis festgehalten haben. Als Diplomat habe ich seit Jahrzehnten zu spüren bekommen, dass das Bankgeheimnis ein Thema ist. Man hat vielleicht die Entwicklungen der letzten Jahre nicht ganz realistisch mitverfolgt.

Der Bundesrat hat nach der Herausgabe der UBS-Kundendaten an die USA beteuert, dass der Druck quasi über Nacht so gross geworden sei. Sie scheinen dieser Aussage zu widersprechen.

Das Bankgeheimnis ist schon lange ein Thema. Nun sind aber verschiedene Elemente zusammengekommen, die schliesslich zur Herausgabe der Kundendaten führten. Von Seiten der

Schweiz sind zwei entscheidende Fehler passiert. Erstens haben sich einige UBS-Banker nicht richtig verhalten, und zweitens hat man in Bern die Rechtshilfesuche zu lange liegen lassen. Dies hat den Zorn der USA geweckt.

Der Zorn der Schweizer richtet sich aber in erster Linie gegen den deutschen Finanzminister Steinbrück. Sind nicht die USA hauptverantwortlich für die Aufweichung des Bankgeheimnisses?

Der Hauptdruck kommt sicher aus Amerika. Das Bankgeheimnis ist aber auch bei der OECD oder der EU-Kommission schon lange ein Thema. Nun sind mit Deutschland, Frankreich und England weitere Staaten hinzugekommen, die sich sehr aggressiv verhalten. Wirklich störend sind für mich die scheinheiligen Engländer. Es ist unerhört, wie es ihnen mit politischem Geschick gelingt, die Schweiz an den Pranger zu stellen und den eigenen Finanzplatz in ein sauberes Licht zu stellen.

Grossbritannien ist eine Weltmacht, die Schweiz als Nicht-Mitglied der EU ziemlich isoliert.

Machtpolitische Aspekte spielen sicher eine Rolle, ich möchte sie aber nicht überbewerten. Ich glaube nicht, dass der Druck auf die Schweiz kleiner wäre, wenn wir in der EU wären. Wichtiger scheint mir der

Faktor Neid zu sein. Für andere Finanzplätze ist es unverständlich, warum dieses kleine Land einen Finanzplatz hat, der zu den ganz grossen gehört. In vielen Ländern meint man, dass der schweizerische Erfolg nur dank fremdem Geld möglich ist.

Unter George W. Bush gab es kaum Druck auf die Schweiz. Würde es das Bankgeheimnis noch geben, wären die Republikaner an der Macht geblieben?

In Amerika nahm seine diplomatische Karriere im Jahr 1997 ein jähes Ende, nachdem die «Sonntagszeitung» aus einem geheimen Papier zitiert, in dem er zum weiteren Vorgehen im Streit um die nachrichtenlosen Vermögen Stellung nahm. Die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Dem Botschafter wurde vorgeworfen, er habe zu einer PR-Kampagne gegen jüdische Organisationen aufgerufen. Jagmetti lebt heute in Zollikon. (fri)

Ehrung als späte Genugtuung

Carlo Jagmetti wird am 25. April in Zürich von der Stiftung Freiheit & Verantwortung für sein diplomatisches Engagement für die Schweiz geehrt. Damit soll Jagmetti auch späte Genugtuung erfahren, da ihm in der Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen Unrecht widerfahren sei.

Jagmetti stand 35 Jahre im diplomatischen Dienst der Schweiz. Unter anderem war er Botschafter in Südkorea, bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel, in Frankreich und in den USA.

Bankgeheimnis Bundespräsident Merz reagiert auf die Vorwürfe von Generalsekretär Gurría

Zwist zwischen der Schweiz und der OECD

Das verbale Gefecht zwischen der Schweiz und der OECD über die graue Liste geht weiter. Hans-Rudolf Merz hat mehr Mitsprache gefordert.

Nachdem OECD-Generalsekretär Angel Gurría der Schweiz in einem Brief Untätigkeit vorgeworfen hatte, schritt Bundespräsident Hans-Rudolf Merz zu einem weiteren Gegenangriff. Die Schweiz werde sich künftig dagegen wehren, wenn die OECD ohne ihre Mitbeteiligung über graue oder schwarze Listen diskutiere. Man wolle bei solchen Sachen mitreden, bekräftigte Sprecher Roland Meier gestern Freitag im Namen von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz. Dieser habe das am Donnerstag bekannt gewordene Schreiben von OECD-Generalsekretär Angel Gurría zur Kenntnis genommen, sagte Meier weiter. Die Schweiz als OECD-Mitglied ha-

be keinerlei Kenntnis gehabt vom Auftrag der G-20 an die OECD, eine Liste von Steueroasen zu erstellen. Der Bundesrat wolle, wie er schon mehrfach betont habe, das OECD-Musterabkommen ohne Vorbehalt zügig umsetzen. Die Schweiz werde sich auch künftig mit allen Kräften dagegen wehren, ohne Einfluss auf qualitative Kriterien eine Evaluation über sich ergehen zu lassen.

Schweiz mehrfach gewarnt

OECD-Generalsekretär Gurría hatte in einem von Anfang April datierten und am Donnerstag bekannt gewordenen Schreiben Fakten aufgelistet, welche die von der Schweiz gemachten Vorwürfe entkräften sollen. Eine Kopie des Briefes liegt der Nachrichtenagentur SDA vor. Im Brief verweist Gurría auf diverse Treffen und Gespräche mit Schweizer Regierungsmitgliedern und dem Schweizer Delegationsleiter bei der OECD, Eric Martin. So erwähnt Gurría ein Treffen im Oktober 2008, das von



Der Höhepunkt der Krise: Carlo Jagmetti erklärt sich in Washington Ende Januar 1997 wegen seiner Zitate, die für Entrüstung gesorgt haben. (key)

Das ist jetzt natürlich Spekulation. Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich kurz auf den Konflikt um die nachrichtenlosen Vermögen eingehen. Im letzten Jahr der ersten Clinton-Administration ging dieser Streit los. Das Weisse Haus war darin sehr stark engagiert. Eine wichtige Rolle spielte die damalige Präsidentengattin Hillary Clinton. Clinton sagte 1996 zu Edgar Bronfman, Präsident des Jüdischen Weltkongress: «Glauben Sie, wir kriegen die Schweizer Banken?» Und dieser antwortete ihr: «Mit Hilfe Ihres Mannes, ja.» Als schliesslich Bush Präsident wurde, führte dies zu einer Entspannung der Lage.

Obama hat im Wahlkampf gesagt, dass er gegen Steueroasen vorgehen möchte. Man musste also mit einem Angriff auf das Bankgeheimnis rechnen.

Neben Obama ist Aussenministerin Clinton auch heute wieder eine der Schlüsselfiguren. Ausserdem gehört Wirtschaftsberater Lawrence Summers zu den Scharfmachern gegen das Bankgeheimnis. Dieses Trio ist ungemütlich für die Schweiz.

Für den Streit um die nachrichtenlosen Vermögen haben Sie der Schweiz in Ihrem Buch «Alte Schatten, neue Schatten» Führungsschwäche attestiert. Wie beurteilen Sie das Krisenmanagement des Bundesrats heute?

Heute wie damals ist eine Entwicklung verkannt worden, weil man sich nicht ausreichend mit dem Problem befasst hat. Als es so weit war, reagierte der Bundesrat schwach, hat sich rein defensiv verhalten und sich recht eigentlich an die Wand spielen lassen. Ein Unterschied ist jedoch, dass das Problem Bankgeheimnis noch viel länger im Voraus bekannt war als die nachrichtenlosen Vermögen. Zudem hat man jetzt überreagiert. Unser Finanzminister und die Bankiervereinigung haben innerhalb weniger Wochen eine totale Kehrtwende gemacht. Für derartige Krisensituationen braucht man ein klares Konzept, auf dem man dann sein Argumentarium aufbaut. Um nochmals auf die Frage nach der Macht zurückzukommen: Hier hat die Schweiz Schwäche gezeigt. Das hat aber nicht damit zu tun, dass wir keine Atommacht sind.

nahegelegt, aktiv zu werden, statt zu einer Reaktion gezwungen zu werden.

Auch Luxemburg wehrt sich

Mit harten Worten kritisierte auch Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn die graue Liste der OECD. «Die Liste ist völliger Unsinn, das Verfahren stinkt zum Himmel», sagte er gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin «Der Spiegel». Die OECD-Liste führt Luxem- burgs Cayman-Inseln. Länder wie China oder die als Rückzugsgebiet für Steuerflüchtlinge in Verruf geratenen britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey würden dagegen auf einer «weissen Liste» geführt, kritisierte der Minister. Er verteidigte erneut die Steuerpolitik seines Landes. «Luxemburg schützt keine Steuerbetrüger, aber wir wollen nicht, dass Herr Steinbrück auf Knopfdruck erfährt, wer wie viel auf dem Konto hat», sagte er. (sda)

Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn: «Die Liste ist völliger Unsinn, das Verfahren stinkt zum Himmel.»



Komplementärmedizin

Ein laues Ja von Couchepin

Bundesrat Pascal Couchepin wird ohne grosse Überzeugung für den Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» stimmen.

Vor den Medien machte der Gesundheitsminister Pascal Couchepin am Donnerstag in Bern keinen Hehl daraus, dass er den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» für unnötig erachtet. Pflichtgetreu vertrat er aber die Ja-Parole des Bundesrates, der dem Parlament vor Urnengängen nicht widersprechen darf. Für den Fall einer Annahme der Vorlage versprach Couchepin nichts. Wie die Komplementärmedizin dann in den Bereichen Krankenversicherung, Medikamente und Ausbildung zu berücksichtigen wäre, müsste der Gesetzgeber entscheiden. «Das Parlament kann am besten die Stimmung aufnehmen und diese Debatte führen.»

Kriterien gelten weiterhin

Erneut dämpfte der Gesundheitsminister die Hoffnung und Erwartung der Befürworter, die von ihm 2005 aus der Grundversicherung gekippten fünf ärztlichen Methoden Homöopathie, Anthroposophische Medizin, Phytotherapie, Traditionelle Chinesische Therapie und Neuraltherapie würden wieder kassenpflichtig. Die Experten müssten entscheiden, ob diese Methoden neuerdings die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit erfüllten, sagte Couchepin. «Wenn diese Kriterien für die Komplementärmedizin nicht länger gelten sollen, muss das Krankenversicherungsgesetz geändert werden.» Bedenken hat Couchepin angesichts der Kosten- und Prämienerplosion nicht zuletzt wegen der drohenden Mehrkosten. Die fünf erwähnten Methoden hätten die Grundversicherung zwar 2004 nur 25 Millionen Franken gekostet. Wenn sie voll fakturiert würden, lägen 80 bis 100 Millionen aber näher bei der Realität. (sda)

Bundesnahe Unternehmen

Zielvorgaben insgesamt erreicht

Die bundesnahen Unternehmen SBB, Post, Swisscom, Skyguide und die Rüstungsunternehmung Ruag haben ihre Zielvorgaben im letzten Jahr insgesamt erreicht. Sie stehen aber angesichts der Wirtschaftskrise vor neuen Herausforderungen. Die Generalsekretäre des Uvek und des VBS, Hans Werder und Markus Seiler, orientierten die Medien am Donnerstag über die Leistungsbilanz der bundesnahen Unternehmen, die der Bundesrat am Vortag zuhänden der zuständigen Parlamentskommissionen verabschiedet hatte. Der Bundesrat habe feststellen können, dass die fünf Unternehmen die strategischen Vorgaben gut erreicht hätten, sagte Werder. Nur teilweise erfüllt habe sie die SBB. Dort belaste der von SBB Cargo abgewickelte Güterverkehr die insgesamt gute Gesamtbilanz. Alle Unternehmen stünden jetzt im Gegenwind. (sda)

Tierschutzanwälte

Kommission sagt Nein

Die Wissenschaftskommission des Nationalrates verzichtet darauf, der Tierschutzanwalt-Initiative einen indirekten Gegenvorschlag entgegenzustellen. Sie lehnt die Initiative mit 9 zu 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Die Volksinitiative des Schweizer Tierschutzes (STS) verlangt, dass in Strafverfahren wegen Tierquälerei und andern Verstössen gegen das Tierschutzgesetz ein Tierschutzanwalt die Interessen der misshandelten Tiere vertritt. Der Bundesrat und der Nationalrat verwarfen das Volksbegehren. (sda)